

KV-Nr.: 2476

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 9 Blatt und ist vollständig durch-
numeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.**

Rev

Rechtsanwaltskanzlei Hofstedt

RAe Hofstedt u. Koll. Postfach 10 20 44621 Herne

Rechtsanwälte
Gregor Hofstedt & Koll.

44623 Herne
Kirchhofstraße 4
Telefon 0 23 23/ 14 356 -0
Telefax 0 23 23/ 14 356 -99

Gerichtsfächer:
Landgericht Nr. 170
Amtsgericht Nr. 39

Reg.-Nr.: Zeidler-P3/ek
Bitte stets angeben

Herne, 13.12.2000

1. **Vermerk:**

In der Strafsache gegen den Mandanten Peter Zeidler habe ich heute den Hauptverhandlungstermin beim Landgericht Bochum wahrgenommen. Der Mandant wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung zu einer Jugendstrafe von 4 Jahren verurteilt.

Nach Rücksprache mit dem Mandanten soll gegen das Urteil Revision eingelegt werden.


2. Schreiben an das Landgericht Bochum:

In pp. lege ich hiermit gegen das Urteil vom 13.12.2000 Revision ein. Die Begründung der Revision wird fristgemäß eingereicht werden.

Ich bitte darum, mir das Protokoll der Hauptverhandlung vom 13.12.2000 zur Einsichtnahme zuzuleiten.

3. Durchschrift von 2. z.d.A.

4. Wv. 2 Wochen (Eingang Protokoll und Urteil?)


Hofstedt, Rechtsanwalt

Rechtsanwaltskanzlei Hofstedt

RAe Hofstedt u. Koll. Postfach 10 20 44621 Herne

Landgericht Bochum
Westring 8

44787 Bochum

**Abschrift
für Handakte**

Rechtsanwälte
Gregor Hofstedt & Koll.

44623 Herne
Kirchhofstraße 4
Telefon 0 23 23/ 14 356 -0
Telefax 0 23 23/ 14 356 -99

Gerichtsfächer:
Landgericht Nr. 170
Amtsgericht Nr. 39

Reg.-Nr.: Zeidler-P3/ek
Bitte stets angeben

Herne, 13.12.2000

In der Strafsache
gegen Peter Zeidler
Az. 9 KLS 475/00

lege ich hiermit gegen das Urteil vom 13.12.2000

Revision

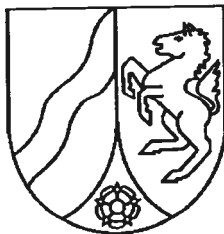
ein.

Die Begründung der Revision wird fristgemäß eingereicht werden.

Ich bitte darum, mir das Protokoll der Hauptverhandlung vom 13.12.2000 zur Einsichtnahme zuzuleiten.

Hofstedt, Rechtsanwalt

9 KLS 27 Js 741/00
(475/00)



**Rechtsanwälte
Hofstedt & Koll.**

Eingang: 05. JAN. 2001

Landgericht Bochum
Im Namen des Volkes
Urteil

In der Strafsache

g e g e n 1. den Studenten Matthias Arngard, geboren am 15.12.1976
in Essen, wohnhaft Mont-Cenis-Straße 78, 44627 Herne,
ledig, Deutscher,
2. den Schüler Peter Zeidler, geboren am 07.08.1982 in
Bochum, wohnhaft Kantstraße 23, 44627 Herne, ledig,
Deutscher,

w e g e n Totschlags

hat die Große Jugendstrafkammer des Landgerichts Bochum in der Haupt-
verhandlung vom 13.12.2000, an der teilgenommen haben:

Vorsitzender Richter am Landgericht Heitmann
als Vorsitzender,

Richter am Landgericht Schmidt,
Richterin am Landgericht Kretschmann
als beisitzende Richter,

Diplom-Ingenieur Herbert Engels,
Beamtin Carla Priebe
als Jugendschöffen,

Staatsanwältin Merle
als Beamtin der Staatsanwaltschaft,

Rechtsanwalt Fröschel, Bochum,
als Verteidiger des Angeklagten Arngard,

Rechtsanwalt Hofstedt, Herne,
als Verteidiger des Angeklagten Zeidler,

Justizangestellter Faust
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte Arngard wird wegen Totschlags zu einer
Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt.

Der Angeklagte Zeidler wird wegen Körperverletzung mit
Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung zu einer Jugend-
strafe von vier Jahren verurteilt.

Der Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Angewandte Vorschriften:

für den Angeklagten Arngard: § 212 Abs. 1 StGB;

für den Angeklagten Zeidler: §§ 221 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3,
227 Abs. 1, 25 Abs. 2, 52
StGB, §§ 1, 3 JGG.

Gründe:

I.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der Ausführungen zu den persönlichen Verhältnissen wurde abgesehen.

II.

Am Tag des 21.06.1999 trafen sich die Angeklagten Arngard und Zeidler um ca. 19.30 Uhr mit dem Tatopfer Edgar Pietsch im Volkspark Gysenberg in der Nähe des Aussichtsturmes. Alle drei gehörten zu einer gemeinsamen Clique, die dort ihren ständigen Treffpunkt hatte. Zwischen dem Angeklagten Arngard und Pietsch bestanden schon seit längerer Zeit Spannungen, die immer wieder auch zu tätlichen Auseinandersetzungen geführt hatten. Auch am 21.06.1999 kam es bald zu Differenzen, u.a. über die Vorzüge des von dem Angeklagten Arngard gebraucht erworbenen BMW-Coupés.

Nachdem es zunächst bei gegenseitigen Beschimpfungen geblieben war, schlug der Angeklagte Arngard dem Pietsch mit der Faust in die Magen-gegend. Die darauf folgenden Tötlichkeiten steigerten sich zusehends in ihrer Intensität. Der Angeklagte Arngard, der immer wieder ausrief, er werde den Pietsch „schon fertig machen“, fügte ihm eine Vielzahl von Faustschlägen und Fußtritten gegen Kopf und Körper zu, an deren Folgen Pietsch später verstarb.

Der Angeklagte Zeidler beteiligte sich zeitweise an diesen Misshandlungen und versetzte dem Opfer selbst ca. 5 kräftige Fußtritte in den Rücken und gegen die Brust sowie ungefähr ein halbes Dutzend Faustschläge ins Gesicht. Dabei wusste er, dass durch die massiven Misshandlungen, wie sie Pietsch zugefügt wurden, das Opfer tödlich verletzt werden konnte. Dennoch entschloss er sich, an den Misshandlungen aktiv mitzuwirken, weil er der Meinung war, Pietsch verdiene wegen seines zurückliegenden Verhaltens eine deutlich spürbare Bestrafung. Gegen 20.30 Uhr ließen die Angeklagten das Opfer schwerverletzt und bewusstlos im Volkspark liegen, wo es zwischen 22.00 und 3.00 Uhr an den durch die Misshandlungen verursachten inneren Blutungen verstarb.

III.

Dieser Sachverhalt steht fest aufgrund der Einlassungen der Angeklagten, soweit ihnen gefolgt werden konnte, des in der Hauptverhandlung verlesenen Gutachtens des Rechtsmedizinischen Institut der Universität Essen sowie der übrigen ausweislich der Sitzungsniederschrift ausgeschöpften Beweismittel.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der Einlassung des Angeklagten Arngard wurde abgesehen.

Der Angeklagte Zeidler hat sich dahingehend eingelassen, er habe den Tod des Pietsch weder gewünscht, noch billigend in Kauf genommen, sondern in gewissem Maße darauf gehofft und vertraut, dass der Pietsch nicht sterben werde. Auch als die Angeklagten etwa eine Stunde später den Pietsch schwer verletzt und bewegungsunfähig zurückließen, habe er dies gehofft. bzw. Flg.

Der Angeklagte Arngard ist der ihm zur Last gelegten Tat überführt. Er hat es billigend in Kauf genommen, dass das Opfer durch die ihm zugefügten Misshandlungen sterben werde.

(...)

Der Angeklagte Zeidler hat eine Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung begangen.

(...)

Dem Angeklagten Zeidler konnte allerdings nicht zur Überzeugung des Gerichts nachgewiesen werden, in Bezug auf den Tod des Opfers vorsätzlich gehandelt zu haben.

Zwar hält es das Gericht im Hinblick auf Art und Umfang der dem Opfer zugefügten Misshandlungen durchaus für möglich, dass der Angeklagte Zeidler mit bedingtem Tötungsvorsatz handelte. Seine Einlassung, er habe durchweg gehofft und darauf vertraut, dass das Opfer nicht zu Tode kommen werde, konnte ihm jedoch nicht zweifelsfrei widerlegt werden. Der Tötungsvorsatz konnte somit nicht zur Überzeugung des Gerichts festgestellt werden. In Anwendung des Grundsatzes in dubio pro reo kam daher lediglich eine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Betracht, dies allerdings in Tateinheit mit Aussetzung.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der weiteren ordnungsgemäßen Ausführungen, insbesondere zur Beweiswürdigung wurde abgesehen.

IV.


Aufgrund des festgestellten Sachverhaltes hat sich der Angeklagte Arngard des Totschlags gemäß § 212 Abs. 1 StGB und der Angeklagte Zeidler der in Mittäterschaft begangenen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung gemäß §§ 227 Abs. 1, 221 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, 25 Abs. 2, 52 StGB, §§ 1, 3 JGG strafbar bemacht.

V.

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der ordnungsgemäßen Ausführungen zur Strafzumessung wurde abgesehen.

VI.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 StPO.

(Heitmann) 
 Ausgefertigt
 Geyer-Kronstet
 Justizangestellte
 als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

(Schmidt)

(Kretschmann)

**Öffentliche Sitzung der Großen
Jugendstrafkammer des Landgerichts**

Geschäfts-Nr.: 9 KLS 27 Js 741/00
(475/00)

Gegenwärtig:

Vorsitzender Richter am
Landgericht Heitmann

als Vorsitzender,

Richter am Landgericht Schmidt

Richterin am Landgericht
Kretschmann

als beisitzende Richter,

Dipl.-Ingenieur
Herbert Engels

Beamtin Carla Priebe
als Jugendschöffen,

Staatsanwältin Merle
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellter Faust
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Dauer der Hauptverhandlung

von 9:00 Uhr bis 12.10 Uhr
(Uhrzeit) (Uhrzeit)

~~Die Führungsaufsichtsstelle/ Der Bewährungshelfer wurde von dem Inhalt der gerichtlichen Entscheidung fernmündlich unterrichtet am~~

~~Es wurde darauf hingewiesen, dass die Entscheidung noch nicht rechtskräftig ist.~~

Faust, Jng.
(Name, Amtsbezeichnung)

~~Die fernmündliche Mitteilung wurde unter Verwendung des Vordrucks BwH/FA 11 schriftlich bestätigt.~~

(Datum, Name, Amtsbezeichnung)

Ort und Tag

Bochum, 13.12.2000

**Rechtsanwälte
Hofstedt & Koll.**

Eingang: 05. JAN. 2001

Strafsache

gegen

- den am 15.12.1976 in Essen geborenen Studenten Matthias Arngard, wohnhaft Mont-Cenis-Straße 78, 44627 Herne, ledig, Deutscher;
- den am 07.08.1982 geborenen Schüler Peter Zeidler, wohnhaft Kantstraße 23, 44627 Herne, ledig, Deutscher,

wegen Totschlags

u. a.

Die Hauptverhandlung begann mit dem Aufruf der Sache.

Der Vorsitzende stellte fest, dass erschienen war en :

- vorgeführt - ~~der~~ die Angeklagte n

als Verteidiger:

für den Angekl. zu 1) RA Fröschel,
Bochum;
für den Angekl. zu 2) RA Hofstedt,
Herne;

~~folgende XXXX Zeugen XXXX und Sachverständige :~~

als Vertreterin der Jugendgerichtshilfe
Bochum, Frau Berger vom Stadtjugendamt
Bochum.

Die Besetzung des Gerichts wurde unter Hervorhebung des Vorsitzenden ~~und der hinzugezogenen Ergänzungsschöffen~~ und Ergänzungsschöffen - mitgeteilt.

~~Der~~Die Angeklagten, über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gaben an:

Die Personalien, wie sie uns aus der Anklageschrift vorgehalten werden, sind zutreffend.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft verlas den Anklagesatz aus der Anklageschrift vom 27.09.2000 (Blatt 112 ff. der Akten)

Es wurde festgestellt, dass die Anklage
- mit ~~der~~ dem Eröffnungsbeschluss vom 11.10.2000
(Blatt 119 der Akten) ~~zugrunde liegenden rechtlichen Würdigung~~ zugelassen worden ist.

~~Der~~Die Angeklagten wurden darauf hingewiesen, dass es ~~ihnen~~ Ihnen freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

~~Es~~Sie erklärten : ~~XXXX~~ Wir sind zur Äußerung - ~~nicht~~ - bereit.

Die Angeklagten wurden zur Sache vernommen.

Die Sitzung wurde auf Verfügung des Vorsitzenden um 9:45 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wurde um 9:55 Uhr fortgesetzt.

Im Anschluss wies der Vorsitzende darauf hin, dass hinsichtlich des Angeklagten Zeidler eine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung in Betracht komme. § 265

Anmerkung des LJPA: Von einem Abdruck der Begründung des Hinweises wurde abgesehen.

durch das Gericht beschlossen und verkündet

Das von dem gerichtsmedizinischen Institut der Universität Essen am 23.06.1999 erstellte Gutachten über die Verletzungen des Opfers und ihre Folgen (Bl. 40 bis 44 d. A.) soll verlesen werden. § 266

Das Gutachten wurde sodann verlesen.

Frau Berger erstattete den Jugendgerichtshilfebericht über den Angeklagten Zeidler.

Die Angeklagten wurden alsdann zu ihren bisherigen Lebensläufen gehört.

Die Auskünfte aus dem Bundeszentralregister vom 19.07.2000 wurden verlesen, erörtert und anerkannt.

Nach jeder einzelnen Beweiserhebung wurden die Angeklagten befragt, ob sie etwas zu erklären habe.

Es wurden keine Erklärungen abgegeben.

Nachdem weitere Anträge zur Beweisaufnahme nicht mehr gestellt wurden, wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft und sodann die Angeklagten und die Verteidiger erhielten zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

Die Staatsanwaltschaft beantragte, den Angeklagten Arngard wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren, den Angeklagten Zeidler wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von fünf Jahren zu verurteilen.

Der Verteidiger des Angeklagten Arngard beantragte: Freispruch.
Der Verteidiger des Angeklagten Zeidler beantragte: Freispruch.

Die Angeklagten hatten das letzte Wort.

Die Angeklagten wurden befragt, ob sie selbst noch etwas zu ihrer Verteidigung anzuführen hätten.

Der Angeklagte Arngard erklärte:

Ich schließe mich den Ausführungen meines Verteidigers an.

Der Angeklagte Zeidler erklärte:

Es gibt nichts mehr zu sagen.

Die Sitzung wurde von 11:25 Uhr bis 11:50 Uhr unterbrochen und in Anwesenheit der Beteiligten wie vor der Unterbrechung fortgesetzt.

Das Urteil wurde sodann durch Verlesung der Urteilsformel und durch mündliche Mitteilung des wesentlichen Inhalts der Urteilsgründe dahin verkündet:

Im Namen des Volkes!

Der Angeklagte Arngard wird wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt.

- § 212 Abs. 1 StGB -.

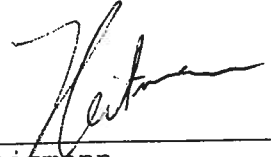
Der Angeklagte Zeidler wird wegen Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit Aussetzung zu einer Jugendstrafe von vier Jahren verurteilt.

- §§ 221 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3, 227 Abs. 1, 25 Abs. 2, 52 StGB,
§§ 1, 3 JGG -.

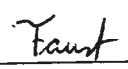
Die Angeklagten tragen die Kosten des Verfahrens.

Die Rechtsmittelbelehrung wurde mündlich erteilt und darüber hinaus dem Angeklagten in schriftlicher Form überreicht.

Das Protokoll wurde fertiggestellt am: 18.12.2000



Heitmann



Faust, JAng.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Angelegenheit ist aus Sicht der Rechtsanwälte Hofstedt & Kollegen zu begutachten. Dabei sollen auch Überlegungen zur Zweckmäßigkeit des Vorgehens angestellt werden. Begutachtungszeitpunkt ist der 08.01.2000.

Werden Anträge an ein Gericht empfohlen, so sind diese am Ende des Vortrages auszuformulieren.

Die Formalien (Ladung, Zustellung, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Die Revisionsschrift ist am 13.12.2000 bei Gericht eingegangen.

Die Verfahren der Angeklagten Arngard und Zeidler wurden ordnungsgemäß verbunden.

Andere als die im Sachverhalt genannten Delikte wurden ordnungsgemäß nach § 154a StPO eingestellt.

Prüfervermerk zum Aktenvortrag (KV Nr. 2476)

Dem Vortrag liegt der Austauschaktenvortrag V/159 des LPA für Juristen Rheinland-Pfalz (Nr. 33/97) zugrunde.

Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Die Hinweise sollen lediglich die Probleme aufzeigen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe als Vortrag auszugeben.

A. Zulässigkeit der Revision: Die Revision richtet sich gegen die erstinstanzliche Entscheidung des LG Bochum und ist damit statthaft gemäß § 333 StPO. Sie ist gemäß § 341 I StPO bei dem Gericht, dessen Urteil angefochten wird, schriftlich und innerhalb der Revisionsfrist von einer Woche gemäß § 341 I StPO eingelegt worden. Die Revisionsbegründungsfrist beträgt gemäß § 345 I 2 StPO einen Monat nach Zustellung des Urteils (05.01.2001) und endet damit am 05.02.2001, sodass die Begründung noch rechtzeitig bei Gericht eingehen kann.

B. Begründetheit der Revision

I. Die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung dürfte nicht gegen § 48 I JGG verstoßen, obwohl der Mandant zu Tatzeit Jugendlicher im Sinne des § 1 JGG gewesen ist. Denn vorliegend richtet sich das Verfahren auch gegen einen Erwachsenen, sodass die Hauptverhandlung gemäß § 48 III 1 JGG grundsätzlich öffentlich zu führen war. Anhaltspunkte dafür, dass die nichtöffentliche Führung der Hauptverhandlung gemäß § 48 III 2 JGG im Interesse der Erziehung des Mandanten geboten gewesen wäre, sind nicht ersichtlich.

II. Die Verlesung des rechtsmedizinischen Gutachtens in der Hauptverhandlung dürfte keinen Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz (§ 250 StPO) darstellen. Die Verlesung dürfte gemäß § 256 I StPO gestattet gewesen sein. Bei dem rechtsmedizinischen Institut der Universität Essen dürfte es sich um eine öffentliche Behörde im Sinne des § 256 I StPO handeln.

Öffentliche Behörden sind nach dem öffentlichen Recht eingerichtete, in den Organismus der Staatsgewalt eingegliederte mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraute Stellen des Staates oder eines anderen Trägers der öffentlichen Verwaltung, die in ihrem Bestand von dem oder den sie jeweils leitenden Beamten unabhängig sind. Zu diesen gehören u.a. Universitätsinstitute der Rechtsmedizin. (Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 256 Rn. 2)

Dass die in dem Gutachten enthaltenen Erklärungen nicht dem rechtsmedizinischen Gutachten zuzuordnen sind dürfte dem Sachverhalt nicht zu entnehmen sein. Es dürften auch keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass im Hinblick auf § 244 II StPO eine Befragung des Sachverständigen erforderlich gewesen wäre.

Mit entsprechender Begründung dürfte es aber auch vertretbar sein, die Erforderlichkeit der Befragung des Sachverständigen durch das Gericht und damit eine Aufklärungspflichtverletzung gemäß §§ 244 II, 337 StGB anzunehmen.

III. Die Revision dürfte auch nicht deshalb gemäß §§ 265 I, 337 StPO begründet sein, weil der Mandant nicht - wie angeklagt - gemäß § 212 I StGB, sondern gemäß §§ 227 I, 221 I Nr. 1, III StGB verurteilt worden ist, da in der Hauptverhandlung ein Hinweis des Vorsitzenden auf die geänderten rechtlichen Gesichtspunkte erfolgt ist. Aus dem Hinweis dürfte erkennbar gewesen sein, welches Strafgesetz nach Auffassung des Gerichts in Betracht kommt und aufgrund welcher Tatsachen das Gericht die gesetzlichen Merkmale möglicherweise als erfüllt ansieht. Somit dürften der Mandant und der Verteidiger in die Lage versetzt worden sein, die Verteidigung auf die neuen rechtlichen Gesichtspunkte einzurichten (vgl. Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO⁴⁴, § 265 Rn. 31).

IV. Dagegen dürfte die Revision des Angeklagten mit der **Sachrüge** teilweise Aussicht auf Erfolg haben. Die Feststellungen des Gerichts - insbesondere das Ergebnis der Beweiswürdigung - dürften die Verurteilung des Angeklagten wegen Aussetzung gemäß §§ 221 I Nr. 1, III StGB nicht tragen. Eine Verpflichtung des Mandanten, dem schwerverletzten Pietsch (P) Beistand zu leisten, dürfte sich danach allein aus den vorausgegangen, auch von ihm vorgenommenen Misshandlungen ergeben können. Insoweit ist es nach der Beurteilung des Gerichts jedoch möglich, dass der Mandant diese Misshandlungen mit bedingtem Tötungsvorsatz vorgenommen hat. Geht man jedoch, wie nach dem Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ geboten, hinsichtlich der Aussetzung zu seinen Gunsten davon aus, dass er den P mit bedingtem Tötungsvorsatz misshandelte, dürfte ihn keine Garantenstellung, den von ihm billigend in Kauf genommenen Tod des P abzuwenden, getroffen haben.

§ 221 StGB scheidet aus, wenn der Täter die hilflose Person zuvor mit bedingtem Tötungsvorsatz misshandelt hat, und zwar auch dann, wenn er, als er sie in hilfloser Lage verließ, den Tötungsvorsatz aufgegeben hatte (Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 221 Rn. 7).

Die Verurteilung wegen mittäterschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge dürfte dagegen dem materiellen Recht entsprechen. Der Mandant hat P gemeinsam mit dem Angeklagten Arngard (A) vorsätzlich misshandelt, und P verstarb an den Folgen der hierdurch erlittenen Verletzungen. Ein mittäterschaftliches Handeln wird auch nicht dadurch ausgeschlossen, dass sich der Vorsatz des A auf einen Totschlag, der des Mandanten dagegen auf eine Körperverletzung bezog. Entscheidend ist vielmehr, dass beide an derselben Handlung, den Schlägen und Tritten gegen P beteiligt waren. (vgl. Tröndle/Fischer, StGB⁴⁹, § 25 Rn. 5, 8a)

C. Ergebnis: Die Revision dürfte allein wegen der Sachrüge Aussicht auf Erfolg haben. Die dargelegten Fehler dürften dazu führen, dass das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache an eine andere Kammer des LG Bochum zurückzuverweisen ist (§§ 353 I, 354 II 1 StPO).